

DNA-Nachweis liegt nun vor. DJV fordert von Parteien, sich für klare Notstandsregelungen zu positionieren. Ebenso für ein praktikables, rechtssicheres, regional differenziertes Bestandsmanagement.



Ein Wolf hat einen Jagdhund in Brandenburg Mitte Oktober bei einer Nachsuche getötet. Der

Wolfsattacke auf Jagdhund, Haus- oder Nutztier: klare Notstandsregelung ist notwendig. (Quelle: Rolfes/DJV)

entsprechende DNA-Nachweis liegt dem **Landesjagdverband Brandenburg** jetzt vor. Der Vorfall zeigt einmal mehr, dass in Wolfsregionen die praktische Jagdausübung mit Hund zunehmend zur Herausforderung wird. Der Deutsche Jagdverband (DJV) fordert deshalb die Parteien auf, sich im Bundestagswahlkampf eindeutig für Rechtssicherheit bei Wolfsattacken auf Jagdhunde im Einsatz, Haus- oder Nutztiere zu positionieren – durch eine klare Notstandsregelung.

Neben einer Notstandsregelung fordert der DJV in seinen **Kernforderungen zur Bundestagswahl** auch ein praktikables, rechtssicheres, regional differenziertes Bestandsmanagement für den Wolf. Dafür müssen im ersten Schritt Spielräume der FFH-Richtlinie eins zu eins im Bundesjagdgesetz umgesetzt und der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden. Deutschland muss sich überdies in Europa dafür einsetzen, dass der Schutzstatus des Wolfs in der FFH-Richtlinie herabgestuft wird.

Wölfe, die verhaltensauffällig sind und Schaden an Nutztieren verursachen, müssen künftig zügig und rechtssicher entnommen werden können. Die Zahl gerissener Nutztiere stieg zuletzt innerhalb nur eines Jahres um 31 Prozent auf insgesamt 5.727 Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde im Jahr 2023.